

Die Arroganz der Machtlosen

Europa am Scheideweg: Alter Kontinent gegen Amerika oder neue Weltordnung mit den USA

VON MARGARITA MATHIOPOULOS

Der Krieg im Irak ist die Stunde der Wahrheit für eine neue Weltordnung, die künftige Sicherheitsarchitektur der Staatengemeinschaft im 21. Jahrhundert. Er ist die Stunde der Wahrheit für die EU, die sich entscheiden muss, ob sie sich als Partner in einem europäisch-atlantischen Europa oder als Gegengewicht zu den USA in einem französisch-deutsch dominierten Europa definieren will und für die atlantische Allianz, die eine Zukunft nur hat, wenn sie den globalen Sicherheitsbedrohungen militärisch begegnen kann und politisch darf.

Europa hat die Zeit des großen geostrategischen Gezeitenwechsels zwischen dem Fall der Mauer und dem Einstürzen des World Trade Center ungenutzt verstreichen lassen und es versäumt, eine kohärente gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen, von einer ernsthaften militärischen Komponente ganz zu schweigen.

Präsident George Bush jun. reagierte auf die potenzielle Verbindung Massenvernichtungswaffen-Terrorismus schnell und handelte. Durch die Tatsache, dass unser aus dem 17. Jahrhundert stammendes Völkerrecht nicht vorschreibt, wie man auf Angriffe von nicht staatlichen Terrorakteuren angemessen reagiert – daher obsolet geworden ist und dementsprechend an die neue politische Weltlage angepasst werden muss –, ließ sich Washing-

ton nicht die Initiative aus der Hand nehmen: Die amerikanische Administration wie auch die britische Regierung – übrigens die ältesten Demokratien – betrachteten den Angriff auf den Irak als präemptiven Schritt zur langfristigen Selbstverteidigung der Gemeinschaft freier Staaten und fühlen sich dabei nicht ausschließlich auf die Zustimmung der UNO angewiesen, nachdem die Vereinten Nationen versagt haben, Saddam in zwölf Jahren und mit 17 Resolutionen friedlich zu entwaffnen, und eine moralische Instanz wie Libyen dem „Ausschuss für Menschenrechtsfragen“ vorsitzt.

Allerdings hätte der amerikanische Präsident auf die Unterstützung zweier europäischer Staaten zählen wollen, die Amerika jahrzehntelang im Kalten Krieg verteidigt hat: Deutschland und Frankreich.

Plötzlich ist wieder von „gaullistischem Gegengewicht“ die Rede, von der globalen Balancepolitik gegen die Hypermacht Amerika. Nicht die Ausschaltung eines der brutalsten Regime der neueren Geschichte sind die Ambitionen Berlins und Paris', beiden ist die Einhegung der USA und Verhinderung einer unipolaren Weltordnung wichtiger.

Diese antiamerikanisch gefärbte Politik des deutschen Bundeskanzlers lässt sich nicht nur aus seiner Biografie erklären – ihm war schon als niedersächsischer Ministerpräsident Castro Kuba näher als

Clintons Amerika. Sie muss als Strategie der rot-grünen Führung 68er-Provenienz gesehen werden, durch den Appell an eine immerwährende Friedensliebe der deutschen Linken – was im Ernstfall auch das Ende der Demokratie und der Freiheit bedeuten kann – und die Mobilisierung latent vorhandener antiamerikanischer Ressentiments auf rechter wie linker Seite von der innenpolitisch katastrophalen Bilanz abzulenken. Diese antiamerikanischen Ressentiments finden sich schon bei Fichte und dessen moralisch überhöhtem kulturellem Überlegenheitsanspruch deutscher Politik und bilden die geistige Grundlage vieler Rechtsintellektueller in diesem Land. Die Linke dagegen hat es in Selbsthass auf das eigene Land nie verwunden, dass erst die Amerikaner kommen mussten, um Auschwitz zu befreien – dieselben Amerikaner, die sich dann in Vietnam schuldig gemacht haben, dies zuzugaben, und die Deutschland im Kalten Krieg mit Atomraketen statt mit Friedenstauben bestückten – und damit auch noch Recht behielten. Aber auch Teile der Rechten kommen mit dem 8. Mai 1945 nicht klar: Sie wollen diesen Tag nicht als Tag der Befreiung akzeptieren, sondern definieren ihn lieber als Tag der Niederlage. Es war die politische Kunst aller Bundeskanzler von Adenauer über Brandt bis Kohl, diese Ressentiments auszugleichen – und nicht anzuheizen, wie es Gerhard Schrö-

der als erster deutscher Nachkriegskanzler bewusst praktiziert.

Jetzt schlägt die Stunde der Wahrheit für die realpolitisch nicht mehr existierende deutsch-französische Achse: Die jetzige Krise wird zeigen, ob sich das „neue“ Europa unter Führung des Briten Blair, des Spanier Aznar und des Polen Kwasniewski durchsetzen wird – ein starkes, gleichberechtigtes Europa, das gemeinsam mit den USA sicherheitspolitische Konsequenzen aus den weltgeschichtlichen Paradigmenwechseln 1989 und 2001 gezogen hat und an einer neuen Weltordnung mitwirkt – oder ob das „alte“ Europa weiterhin die transatlantische Schicksalsgemeinschaft spalten wird.

Es geht um eine neue Weltordnung, die schon George Bush sen. angemahnt hatte: George Bush jun. wird daran gemessen werden, ob es ihm gelingt, diese neue Weltordnung – die eine amerikanisch-europäische Initiative „to make the Greater Middle East safe for democracy“ sein sollte – mit den Europäern, der Nato, der UNO und vielleicht auch gemeinsam mit Russland und China zu entwerfen und zu verteidigen.

Professor Dr. Margarita Mathiopoulos ist Professorin für US-Außenpolitik und Internationale Sicherheitspolitik an der Universität Potsdam und Direktorin des Potsdam Center for Transatlantic Security and Military Affairs.